

Er scheint täglich dreimal: Sonntag nur morgens, Montag nur abends.
Abonnementpreis für Berlin: 75 Pf. monatlich
Preis im Jahre, vierteljährlich 2.25
Abonnementpreis für außerhalb...

Berliner Volks-Zeitung mit täglichem Familienblatt und illustriertem Sonntagsblatt
Abend-Ausgabe

Haupt-Expedition: SW. Postamt Nr. 46/49
Kontak: Amt 1. St. 10131-10138
Hilfsstellen: Prignitz 41, Anhalterstr. 1...

Redaktion: Bernauer Straße 46/49
Für unentgeltlich eingehende Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Karl Vossler, Berlin W.
Verlag: Druck: Rudolf Wöhl, Berlin SW.

Religion und Prügel.

Zwischen durch muß man sich schon die Maße geben, dem Leiden der Orthodoxie in der gegenwärtig tagenden brandenburgischen Provinzialsynode einige Aufmerksamkeit zu schenken. Denn vor diesem Forum, das sich durch ihre Mehrheit beherrscht, glaubt sich die Orthodoxie geben zu können, wie sie ist; hier, unter den Augen der Vertreter des Kirchenregiments, glaubt sie ihre inneren Gedanken demonstrativ spazieren führen zu sollen. Und das ist gut so. Man lernt diese, kleine aber mächtige Partei (mächtig durch die schärfste Nachgiebigkeit des rationalen preussischen Staates gegen die extremen Zionswächter) dadurch immer wieder von neuem kennen in der Unerschöpflichkeit ihrer Geschäftlichkeit.

Natürlich sollte schon wieder einmal ein orthodoxer Antrag den Einfluß der Kirche auf die Volksschule gesichert oder gestärkt werden, was durch die stärkere Beaufsichtigung des Religionsunterrichts angebracht werden soll. Ein anderer Antrag wollte auch den Religionsbetrieb der höheren Schulen (Gymnasien etc.) unter eine strengere kirchliche Kontrolle gestellt wissen.

Ein dritter Antrag, von der Synode angenommen, will die Volksschulen mit dem konfessionellen Gedächtnisbrot auch in die Fortbildungsschulen hinein verfolgen.

Noch ein anderer Antrag lief darauf hinaus, den Lehrern ein erweitertes Prügelrecht zu geben durch Aufhebung der vor einigen Jahren herbeigeführten Beschränkung des Züchtigungsrechtes. Religion und Prügel, das war von jeher das Regime, mit dem ein unpadagogisches, mittelalterlich-rückständiges Observatorium gute und getreue, fromme und geübte „Untertanen“ heranzüchten zu können meinte! Wieder ein anderer orthodoxer Wunsch ging dahin, die Idee der „Kirchenzucht“ häufig zu helfen durch Einführung eines sogenannten „Kirchenpasses“, der etwa nach dem Muster des Militärpasses das kirchliche Nationale des Inhabers registriert. Soll, zu dem „Kirchenpass“ soll die Taufe, die Konfirmation, die kirchliche Einsegnung einer vollgültigen Ehe erbracht werden. Auch soll eine Art kirchlichen Gezeirerelementes (ein Zeugnis der „kirchlichen Pflichten“) darin gedruckt zu lesen sein.

Von da bis zur Bescheinigung über den regelmäßigen Kirchenbesuch und über die sonstige kirchliche Betätigung des Inhabers, eventuell auch über verwirklichte und verfallene Kirchenstrafen (ähnlich wie beim Militärpass) ist natürlich nur ein Schritt, so daß jedermann seinen kirchlichen Standort bei sich tragen konnte. Weshalb nun Ausweis gegenüber den Behörden bei Vernehmung um eine Stelle im Staatsdienst als Weichensteller, Regierungspräsident oder Minister??

In dieser kleinen Wästelchen orthodoxer Forderungen und Träume mag es für diesmal genug sein. Das Lebrige haben unsere ausführlichen Berichte über die Provinzialsynode bereits besagt. Und dann jammer die Orthodoxie über die Massenflucht der Bevölkerung aus der Kirche!

Wahlbescheinigung zur Gewerbegerichts Wahl.

Seit dem Jahre 1900 werden bei den Gewerbegerichtswahlen in Berlin für die Arbeiter Wählerlisten nicht mehr aufgestellt, sondern es genügt, wenn der Wähler eine Bescheinigung der Polizeibehörde oder eines Arbeitgebers vorweist, laut deren er wahlberechtigt ist.

Damit ist die Teilnahme an der Wahl sehr erleichtert, jedoch entstehen bei der Befragung von Wahlberechtigten immer noch erhebliche Schwierigkeiten. Mancher Arbeiter unterläßt es, sich zeitig eine Wahlbescheinigung zu besorgen, oder aber er geneht sich auch, an seinen Arbeitgeber um die Ausstellung einer Bescheinigung heranzutreten. Somit geht vielen Arbeitern das Wahlrecht verloren, die am Wahltag gern an der Urne erscheinen möchten.

Es ist der Erkenntnis dieser Tatsache und in der Hoffnung, das Interesse möglichst breiter Kreise an der Gewerbegerichts Wahl wahrzunehmen, hat der Wahlausschuß der Deutschen Gewerbevereine Berlin an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, es möge vom Magistrat eine Anregung an die Unternehmer ausgehen werden, daß diese für die bei ihnen beschäftigten Arbeiter unentgeltlich Wahlbescheinigungen ausstellen und diese den Arbeitern überreichen. Dadurch käme wenige Tage vor der Wahl jeder Arbeiter in den Besitz einer Wahlbescheinigung.

In den Betrieben selbst würde die Beschaffung der Bescheinigung immer erleichtert werden, als wenn die Arbeiter in unregelmäßiger Folge aus dem Bureau erscheinen und sich eine Bescheinigung ausbitten würden. Es liegt also sowohl im Interesse der Arbeiter wie der Unternehmer, daß dem Antrag der Deutschen Gewerbevereine entgegengekommen wird. Magistral eine solche Anregung an die Unternehmer heraus, so darf man erwarten, daß der weitaus größte Teil dem Wunsch Rechnung trägt. Natürlich darf nicht fernerlei Weinstiftung der Arbeiter verbunden sein.

Es soll hier noch darauf hingewiesen werden, daß an manchen Orten schon in der besprochenen Weise verfahren wird. So ist zum Beispiel die Firma Struww.

Die Pforte und die Konferenz.

Die Wünsche der türkischen Regierung für die immer noch nebelhafte Orientkonferenz haben sich nunmehr zu greifbaren Vorschlägen verdichtet. Nach einer Mitteilung der „Frankf. Ztg.“ aus Konstantinopel entließ der Ministerpräsident die vom Minister des Auswärtigen Tewfik Pascha vorgelegten Vorschläge der Türkei über die Konferenz. Das Grade des Sultans, das die Konferenz an dem 1. November nunmehr erwartet. Als Delegierte sind Tewfik Pascha und der Kultusminister Samsi ausgemählt. In bezug auf die Kompensationen für Serbien und Montenegro erklärt die Türkei, daß diese Frage auf seinen Fall beruht werden darf. Der Hauptpunkt der türkischen Vorschläge spielt in dem Verhandlungen, ihren in 33 demnächstigen Beschlüssen und sicherzustellen. Die Türkei fordert formelle Garantien gegen etwaige Angriffe.

Zswolski in Berlin.

Nachdem nun die Feststellungserklärung am Berliner Hofe beendet ist, hat der russische Minister des Auswärtigen A. Zswolski heute vormittag von Baden-Baden hier eingetroffen.

Die Anzeiger Bosniens.

In dem Ausfluß für Anzeiger Angelegenheiten der Oesterreichischen Delegation erklärte der gemeinsame Finanzminister Baron Ruzich bei der Verhandlung des Ostbahnkonflikts: Die Vorklagen betreffen unser Reformprogramm für Bosnien, das ich bereits in der ungarischen Delegation dargestellt habe, werden mit der größtmöglichen Beschleunigung vorbereitet. Einen deutlichen Beweis dafür, daß der Augenblick für die Anzeiger wichtig gewählt war, liefert deren anstandslose Durchführung ohne die Juanprudenahme außerordentlicher Maßnahmen. Die musterhafte Haltung der gesamten Bevölkerung verdient das höchste Lob. Wir bilden offenen Haß, aber zufriedenlich in die Zukunft. Was die finstlich in Berlin mit der neuen Vertretung des Landes zu führende Finanzpolitik betrifft, so ist es mein Programm, die notwendigen Investitionen zu machen, gesunde Steuerquellen zu erschaffen und dabei das richtige Augenmaß für die Bedürfnisse, aber auch für die Kräfte des Landes zu behalten.

Was Oesterreich will.

Das offiziöse „Wiener Fremdenblatt“ bespricht den türkisch-bulgarischen Konflikt und drückt die Hoffnung aus, daß er eine friedliche Lösung finden werde. Das Blatt schreibt ferner: Oesterreich-Hungarn will, daß ein starkes Bulgarien und eine starke Türkei sich einander in ehrlichem Vertrauen begegnen, sich gegenseitig ihre Selbstständig entwickeln und dadurch gegenseitig ihre Selbstsicherung vernehmen. Mitgaranten des Friedens auf der Balkanhalbinsel und des status quo zu werden, der sich in den letzten Jahrzehnten faktisch herausgebildet hat. Unsere freundschaftliche Stimmung für die Türkei ist kein plötzliches sentimentales Gefühl, sondern ein festes, kein berechneter Zug in einer Schachpartie. Wir wünschen eine feste Anerkennung der Türkei gegen alle Stämme der Orientpolitik, weil diese Stärke unsere eigene Position festigt, weil unser Vater die von uns gewünschte Stabilität besser gewährleisten als einer.

Serbien und Montenegro.

Aus Belgrad, 22. Oktober wird gemeldet: Gestern Abend wurde zu Ehren des außerordentlichen Gesandten des Fürsten von Montenegro, Wukotitsch ein Festmahl veranstaltet, an dem der König, der Kronprinz und die Mitglieder der Regierung teilnahmen. Gestern Abend wurden Wukotitsch von Studenten begeistert umgeben worden. Auf die Rede eines Professors erwiderte Wukotitsch mit Worten des Dankes. Er erklärte, Montenegro fühle sich eins mit Serbien in der Aufgabe, die den Serben drohende Gefahr abzuwehren. Aber, der es wegen wurde, diese Eintracht zu haben, würde als Völkerverräter gewandmet werden. — Den Wätern zufolge besuchte Wukotitsch heute den englischen, den französischen, den russischen und den italienischen Gesandten.

Nach den in Belgrad eingetroffenen Berliner Meldungen wäre die Mission des Ministers des Auswärtigen Milowanowitsch sehr unangenehm ausgefallen. Laut einer dieser Meldungen hätte Fürst Bilow, nachdem er das Referat des Staatssekretärs v. Schön entgegengenommen hatte, zu dem Fürsten Milowanowitsch, der der jehidlichen Angelegenheit vom Reichstanzler selbst empfangen zu werden, erklärt: „Dobro kann keine Rede sein.“ Wenn uns Serbien jetzt nur den Krieg erklärt! Dem heillosigen Kronprinzen wäre das schon zuzutragen.

Die Fingerorfs.

Einen zeitgemäßen Kopfbefehl hat der kommandierende General des 16. Armeekorps v. Wittowitz und Gaffron kirchlich erlassen. Der Befehl lautet:

Ich verleihe hiermit, daß die Mannschaften, einem an manchen Stellen noch grünen alten, aber höchlich Braud entpöden, angehalten werden, beim Stillsitzen den Fingerring mit den Händen stat mit den dazu bestimmten Geräten zu benutzen.

Anlaß zum Erlass dieses Befehlsungung hat die Verurteilung eines Kanoniers wegen Gehörlosungsverweigerung gegeben. Der Betreffende hatte sich beim Stillsitzen geweigert, den Fingerring mit den Händen aufzunehmen. Es hatte sich bei dieser Verhandlung herausgestellt, daß der schändliche Unteroffizier, der dem Kanonier den Befehl dazu gegeben hatte, formell im Recht war.

Und wenn kommt ein ähnlicher Befehl in den anderen Armeekorps heraus?

Körperverletzung durch die Presse.

Ein Stud, das seinesgleichen in der Belletristik nicht haben wird, ist neulich von einem Anwaltlicher am Schöffengericht zu Bünde in Westfalen zuhandgeurteilt worden. Dieser Herr hat nämlich das neue Vergehen einer „Körperverletzung durch die Presse“ ausgetüftelt. Im „Kannen Courier“ lesen wir darüber: Bradte der dortige „General-Anzeiger“ zwei harmlose Artikel, die in sachlicher ungeschöner Form an einer, wie es scheint, durchaus wahren Begebenheit auf die Gefahren hinwiesen, die daraus entspringen können, wenn ein Magistratebeamter Privatgeschäfte treibt, die sich mit seiner Amtspflicht kreuzen. Der betroffene Beamte wargete sich begreiflicherweise, und dieser Beamter zog ihm einen Schöffensatz zu. Das ist gewiß sehr bedauerlich, gab aber, was zum mindesten ebenso bedauerlich ist, dem Gericht Anlaß, den Redakteur wegen Körperverletzung durch die Presse zu einer Geldstrafe von 300 Mark zu verurteilen. Freilich wird die Sache aus prinzipiellen Gründen durch alle Instanzen verfolgt werden.

Dies wird ein Mann bestraft nicht für eine objektive Schuld, sondern für den subjektiven Körper und Verdienstzustand des Klägers. Was gegen den kraftstrotzenden Bauer haltbar ist, würde also gegen Apoplektiker ein Vergehen sein, und wer Wahrheiten nicht vertragen kann, erhielte eine Ausnahmebestellung vor dem, der Gesundheit und Selbstbeherrschung genug besitzt, auch Unangenehmes zu überwinden. Der junge Fürst Bismarck regte sich auf als Herr v. Rodewils in der Walhalla die Verdienste seines Großvaters feierte, fiel nun und erlitt eine Körperverletzung. Wie kam's, wenn der bayerische Ministerpräsident vor dem Bänder Schöffengericht wegen Körperverletzung belangt würde? Auch der Fall ist sehr denkbar, daß sich jemand über ein Gerichtsurteil krauf lacht. Soll dann der Richter wegen Körperverletzung verurteilt werden, von dem ein solches Urteil herrührt?

Die Städteordnungsfeier.

Der Kultusminister hat angeordnet, daß anlässlich des Zentenarfestes der Städteordnung die Geschichtslehre am 19. November oder in der diesen Tage nächst vorangehenden Geschichtsstunde in den mittleren und höheren Klassen der höheren Lehranstalten und den Oberstufen der Volk- und Mittelschulen auf dieses denkwürdige Ereignis und seine Bedeutung nach Maßgabe des Verhältnisses der Schüler hinwirken sollen. Wichtig und notwendig erscheint es uns, daß hier nicht nur auf die Entstehung, sondern auch auf den Lebensgang der Städteordnung hingewiesen werde, insbesondere auf ihre unübertreffliche Wertung in der Reaktion im Jahre 1833.

Gegen die Weinfleuer.

Aus Trier meldet ein Telegramm: Die Handelskammer nahm gegen die geplante Reichssteuer in einer Resolution Stellung, da sie als Flaschensteuereinstreuer hauptsächlich die Qualitätsweine treffen würde.

Die Passive Resistenz.

beginnt wieder in Oesterreich zu spielen. Ein Telegramm aus Wien meldet: Der Eisenbahnminister richtete aus Anlaß der Passiven Resistenz in den Nordbalkanländern eingeleiteten passiven Widerstandes einen Erlass an alle Organe der Eisenbahnverwaltung, in dem er unter Hinweis auf die jüngste, noch nicht abgeschlossene Staatsaktion zugunsten des Eisenbahnpersonals die Teilnehmer an der Resistenz aufzufordern, von ihren pflichtwidrigen Beginnen abzulassen und den Entschluß der Regierung anzuerkennen, die wirtschaftlichen Interessen der gesamten Bevölkerung schwer bedrohenden Aufstellungen mit allen Mitteln zu begegnen und gegen jeden Verstoß der Staatsfeindschaft, der eine ordnungsgemäße Abwicklung des Dienstes, insoweit pflichtgemäß zu fordern, bereit, erwidert oder verweigert, so fern unmaßgeblich mit der vollen Strenge der Dienstordnung vorgehen.

Noch eine Konferenz?

Der Korrespondent der „Daily Graphic“ schreibt von Bes unter dem 8. Oktober über eine Anstache mit Muleh Pascha, der dem Korrespondenten mitteilt, er wünsche die Einberufung einer europäischen Konferenz zum Zwecke der Befestigung der Grenze zwischen Ägypten und Marokko. Muleh Pascha bespricht ferner, daß er, wie gemeldet worden sei, den französisch-spanischen Note nicht betrübtet sei, da er bis jetzt noch gar nicht fenne. Auch sagte er, er hoffe, daß die Mächte unter Berücksichtigung der finanziellen Lage Marokkos in ihren Forderungen Stillsitzung wollen lassen und ihn so in den Stand setzen würden, den inneren Angelegenheiten seines Landes besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Zur Arbeiterbewegung.

Die Tarifbewegung der Gold- und Silberarbeiter Berlin, über einige Wochen vor berichtet haben, ist nunmehr mit einem Erfolg für die Arbeiterhmer beendet worden. Der Arbeitgeberverband der Edelmetallindustrie für Berlin und die Provinz Brandenburg hatte bisher ebenso wie die Innung sich weigert, den im Jahre 1906 zwischen den Tarifvertrag auf ein weiteres Jahr zu verlängern, sondern abgelehnt die Metallarbeiterverband abgelehnt die Metallarbeiterverband verlangte. Die organisierten Gold- und Silberarbeiter traten darauf bei den Firmen in den Streit, deren Inhabere sich weigerten, herabzuziehen die Verlängerung des Vertrages unentgeltlich anzuerkennen. Ammmer ist als Ergebnis außerordentlichen Bestimmung des Arbeitgeberverbandes die Überwindung des Deutschen Metallarbeiterverbandes folgendes Scherz von Bestand des Arbeitgeberverbandes zugegangen: „Nachdem unsere Arbeiter in unserer Bewegung, mit dem Deutschen Metallarbeiterverband einen Vertrag abzuschließen, ein